

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Fiedler (CDU)

und

Antwort

des Thüringer Innenministeriums

Übergriffe auf Abgeordnete des Landtags und ihre Wahlkreisbüros

Die **Kleine Anfrage 2034** vom 13. Juli 2007 hat folgenden Wortlaut:

Im "Neuen Deutschland" vom 12. Juli 2007 wird unter der Überschrift "Im Visier der Neonazis" über Morddrohungen gegen einen Abgeordneten und Beschädigungen von Wahlkreisbüros von Abgeordneten des Thüringer Landtags und des Bundestags berichtet, die den Fraktionen der LINKEN angehören. Danach ist am Wahlkreisbüro der Abgeordneten Susanne Hennig und Matthias Bärwolff in Erfurt eine Scheibe eingeworfen worden. Die Polizei gehe von einer politisch motivierten Tat aus. Anschläge sind dem Artikel zufolge auch auf Wahlkreisbüros von Landtags- und Bundestagsabgeordneten der LINKEN in Apolda und Gotha verübt worden. In Gotha seien Scheiben des Büros der Bundestagsabgeordneten Nele Hirsch eingeworfen worden. Wie in dem Artikel weiter berichtet wird, gibt es Morddrohungen gegen den Landtagsabgeordneten Ralf Kalich. Es seien Radmuttern an seinem Auto gelockert und seiner Frau sei angedroht worden, ihr Haus anzuzünden. Ein ortsbekannter Neonazi sei überführt und verurteilt worden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, welche Täter die Scheibe des Wahlkreisbüros "RedRoxx" in Erfurt eingeworfen haben?
2. Ist dies die erste Sachbeschädigung an diesem Wahlkreisbüro? Welche Täter sind ggf. in früheren Fällen ermittelt worden?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu Beschädigungen von Wahlkreisbüros von Abgeordneten der LINKEN in Gotha und Apolda? Wurden bereits Täter ermittelt und verurteilt?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Morddrohungen und ggf. Mordversuche gegenüber dem Abgeordneten Ralf Kalich und seinen Angehörigen?
5. Aufgrund welcher Delikte ist der in diesem Zusammenhang erwähnte so genannte ortsbekannte Neonazi verurteilt worden?
6. Erkennt die Landesregierung in den skizzierten Fällen eine Tendenz rechtsextremer Kreise, durch Anschläge Leib und Leben von Abgeordneten der LINKEN zu gefährden oder ihre parlamentarische Arbeit durch Gewalt zu stören? Haben derartige Vorfälle ggf. einen neue Qualität erreicht?
7. Welche sonstigen Übergriffe auf Abgeordnete des Thüringer Landtags oder Sachbeschädigungen an Wahlkreisbüros aus den vergangenen Jahren seit der Wiedergründung des Landes sind der Landesregierung bekannt?

8. Abgeordnete und Einrichtungen welcher Fraktionen waren davon ggf. betroffen? Welche Täter sind ermittelt worden? Welchem politischen Spektrum waren sie ggf. zuzuordnen?

Das **Thüringer Innenministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 13. September 2007 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Die Landesregierung sieht unter Verweis auf Artikel 67 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen von Auskünften, die Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden und insbesondere des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, ab. Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf solche Erkenntnisse, die offen verwertbar sind. Für weitergehende Auskünfte steht die Landesregierung gegebenenfalls der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Verfügung.

Zu 1.:

Die Täter zur Sachbeschädigung am Wahlkreisbüro "RedRoxX" in Erfurt konnten bislang noch nicht ermittelt werden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei Erfurt dauern jedoch noch an.

Zu 2.:

Bislang sind der Landesregierung zwei Fälle von Sachbeschädigungen beziehungsweise deren Versuch an dem Wahlkreisbüro "RedRoxX" bekannt geworden.

Der erste Vorfall, auf den sich die erste Frage bezieht, ereignete sich am 8. Juli 2007. Hierbei beschädigten bislang unbekannte Täter die Fensterscheibe des Wahlkreisbüros mit Pflastersteinen und verursachten einen Sachschaden in Höhe von 1 000 Euro.

Der zweite Vorfall ereignete sich am 22. Juli 2007. An diesem Tag versuchten zwei unbekannte Täter erneut, die Fensterscheibe mit einem Stein zu zerstören. Die Täter wurden jedoch während der Tathandlung von einem Zeugen überrascht und ließen nach der Androhung der Alarmierung der Polizei von ihrem Vorhaben ab. Ein Sachschaden wurde in diesem Zusammenhang nicht verursacht.

Von der Kriminalpolizei Erfurt werden in beiden Fällen weitere Ermittlungen geführt.

Zu 3.:

Der Landesregierung liegen zu einer Sachbeschädigung am Wahlkreisbüro von Abgeordneten der LINKEN in Apolda keine Erkenntnisse vor.

Aufgrund einer Beschädigung des in Gotha gelegenen Büros einer Bundestagsabgeordneten in der Nacht zum 14. Februar 2007 wurde bei der Staatsanwaltschaft Erfurt ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt geführt. Da ein Täter nicht ermittelt werden konnte, wurde das Ermittlungsverfahren mit Verfügung vom 17. April 2007 eingestellt.

Zu 4.:

Bezüglich des in der Kleinen Anfrage erwähnten Artikels in der Zeitung "Neues Deutschland" konnte Folgendes recherchiert werden:

Nach einer Auseinandersetzung zwischen mehreren angetrunkenen Personen und der Familie des Abgeordneten, ist dem Abgeordneten am Abend des 23. September 2005 von einer beteiligten Person angedroht worden, das Haus anzuzünden, wenn deren Name der Polizei genannt würde. Deswegen hat die Staatsanwaltschaft Gera am 28. Juni 2006 Anklage erhoben. Der Täter wurde daraufhin gerichtlich zur Verantwortung gezogen.

In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 2006 lösten unbekannte Täter alle Radmutter des linken Vorderrads des auf dem Parkplatz vor seinem Wohnhaus abgestellten Pkw des Abgeordneten Kalich. Das wegen dieses Vorfalls bei der Staatsanwaltschaft Gera geführte Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wurde am 26. Februar 2007 eingestellt, da ein Täter nicht ermittelt werden konnte.

Wegen eines ähnlichen Vorfalles Ende März/Anfang April 2007 läuft noch ein Ermittlungsverfahren, so dass hierzu bis zu dessen Abschluss keine weiteren Angaben gemacht werden können.

Zu 5.:

Die Landesregierung kann zur Fragestellung keine Angaben machen, da der in der Zeitung "Neues Deutschland" erwähnte ortsbekannte Neonazi nicht individualisiert wurde.

Zu 6.:

In quantitativer Hinsicht ist die Zahl der Übergriffe auf Wahlkreisbüros der verschiedenen Parteien in den letzten Jahren stetig angestiegen. Während im Jahr 2005 noch sechs Fälle zu verzeichnen waren, wurden 2006 acht Fälle und für das Jahr 2007 bis zum 22. Juli bereits zwölf Fälle registriert.

Sowohl bei den Übergriffen auf Wahlkreisbüros seit 2005 als auch in den skizzierten Fällen aus der Zeitung "Neues Deutschland" vom 12. Juli 2007, auf welche in der Fragestellung Bezug genommen wird, konnte in nahezu keinem Fall ein Täter ermittelt beziehungsweise die politische Motivation für diese Taten eindeutig geklärt werden. Dies hat zur Folge, dass keine Einschätzung hinsichtlich der qualitativen Steigerung der Vorfälle beziehungsweise die ausschließliche Zuordnung der Straftaten zu rechtsextremen Kreisen vorgenommen werden kann.

Zu 7.:

Der Landesregierung ist es aufgrund der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die eine Löschung der Daten nach Ablauf bestimmter Fristen vorsehen, nicht möglich, alle Übergriffe auf Abgeordnete des Thüringer Landtags beziehungsweise Wahlkreisbüros seit der Wiedergründung des Landes aufzuzeigen. Aus diesem Grund erfolgt mit den Anlagen 1 und 2 eine Darstellung der registrierten Vorfälle ab dem 1. Januar 2000.

Der Landesregierung sind die in der Anlage 1 aufgeführten Übergriffe (es handelt sich überwiegend um Drohungen, Beleidigungen etc.) auf Abgeordnete des Thüringer Landtags bekannt geworden.

Weiterführend wurden im Sinne der Fragestellung die in der Anlage 2 dargestellten Vorkommnisse (zumeist Sachbeschädigungen) in Bezug auf Wahlkreisbüros erfasst.

Zu 8.:

In diesem Zusammenhang wird auf die Beantwortung der Frage 7 verwiesen.

Dr. Gasser
Minister

Anlagen¹⁾

¹⁾ Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlagen erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren können sie im Landtagsinformationssystem unter der oben genannten Drucksachennummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Anlage 1 zur Kleinen Anfrage Nr. 2034

Vorbemerkungen:

Im Nachfolgenden werden aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Angaben zu personbezogenen Daten beziehungsweise Detailinformationen zu den registrierten Vorkommnissen und dem Ermittlungsstand offen gelegt.

Jahr	Partei-zugehörigkeit des Abgeordneten	Anzahl der Übergriffe	Täter bekannt / unbekannt	Zuordnung politisches Spektrum der erfassten Täter
2000	CDU	2	unbekannt	-
2002	CDU	1	unbekannt	-
2003	CDU	2	unbekannt	-
2004	CDU	2	unbekannt	-
2005	CDU	1	unbekannt	-
2005	DIE LINKE ¹	5	es wurden insgesamt drei Täter ermittelt, welche den fünf Übergriffen zugeordnet werden konnten	hiervon konnten zwei Täter eindeutig dem rechten Spektrum zugeordnet werden
2006	CDU	2	unbekannt	-
2006	DIE LINKE	5	es wurde ein Täter ermittelt, welchem zwei Tathandlungen zugeordnet werden konnte	der ermittelte Täter konnte keinem politischen Spektrum eindeutig zugeordnet werden.
2007	CDU	2	unbekannt	-

¹ ehemals PDS (Umbenennung der Partei im Jahr 2007)

Jahr	Partei- zugehörigkeit des Abgeord- neten	Anzahl der Übergriffe	Täter bekannt/ unbekannt	Zuordnung politisches Spektrum der erfassten Täter
2007	DIE LINKE	7	in zwei Fällen konnten Täter ermittelt werden	die ermittelten Täter konnten keinem politischem Spektrum zugeordnet werden

Anlage 2 zur Kleinen Anfrage Nr. 2034

Jahr	Wahlkreisbüro - Partei	Anzahl der Übergriffe	Täter bekannt/ unbekannt	Zuordnung politisches Spektrum der erfassten Täter
2000	CDU	1	unbekannt	-
2001	CDU	1	es wurden drei Täter ermittelt	von den ermittelten Tätern konnte eine Person eindeutig dem linken Spektrum zugeordnet werden
2002	CDU	2	unbekannt	-
	DIE LINKE ¹	1	unbekannt	-
2003	CDU	1	unbekannt	-
2004	DIE LINKE	1	es wurde ein Täter ermittelt	der ermittelte Täter ist dem rechten Spektrum zuzuordnen
2005	CDU	1	unbekannt	-
	DIE LINKE	5	unbekannt	-
2006	CDU	3	unbekannt	-
	DIE LINKE	5	unbekannt	-
2007	CDU	1	unbekannt	-
	DIE LINKE	11	unbekannt	-

¹ ehemals PDS (Umbenennung der Partei im Jahr 2007)